

Von: Westig Nicole <nicole.westig@bundestag.de>
Gesendet: Montag, 4. März 2024 15:51
An: hab8cht@mailbox.org
Betreff: Ihr Schreiben vom 8. Februar 2024

Kennzeichnungsstatus: Gekennzeichnet

Sehr geehrter Herr Lydorf,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihren offenen Brief zum Umgang mit der AfD.

Es trifft zu, dass die AfD vom Bundesamt für Verfassungsschutz bundesweit als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingestuft wurde. Laut Medienberichten besteht zudem die Möglichkeit, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz die AfD zukünftig sogar als "gesichert extremistisch" einstufen wird.

Dies ist auch richtig: Denn die AfD ist eine ernst zu nehmende Gefahr für unser Land. Mittlerweile offenbaren mehrere AfD-Parteimitglieder unverhohlen ihre radikal rechten Ansichten, wie das Treffen in der Potsdamer Villa Adlon vom 25. November 2023 gezeigt hat. Diesem Trend müssen Zivilgesellschaft und Politik entschieden entgegentreten. Denn Rechtsextremismus hat in Deutschland keinen Platz. Engagement durch Vereine wie hab8cht e.V. ist daher unerlässlich und ich danke Ihnen für dieses Engagement herzlich!

Die Lösung für das Erstarken rechter Kräfte kann aber nicht in einem Verbot der AfD liegen. Ein erfolgreiches Parteien-Verbotsverfahren hat hohe Hürden. Es ist aktuell sehr fraglich, ob ein solches Verfahren gegen die AfD erfolgreich wäre. Eine Niederlage vom Bundesverfassungsgericht wäre dabei ein Freifahrtschein für die AfD und ihre radikalen Ansichten. Kann sich die AfD in einem solchen Verfahren doch erneut als "Opfer" der demokratischen Parteien stilisieren. Wir müssen uns vielmehr die Frage stellen, was so viele Menschen in die Arme der AfD treibt. Wir müssen die Themen, die die Gemüter aktuell erhitzen, stärker in den Fokus nehmen und den Menschen und ihren Sorgen zuhören. Der AfD muss im politischen Diskurs mit besseren Argumenten und Lösungen begegnet werden. Zugleich dürfen Justiz, Verfassungsschutz und Polizeibehörden in der Beobachtung und Untersuchung der AfD nicht locker lassen. Es gilt, Rechts- und Verfassungsverstöße entschieden zu ahnden. Denn die Demokratie muss wehrhaft bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre
Nicole Westig

Büro Nicole Westig MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-78325
nicole.westig@bundestag.de
www.nicole-westig.de